

Preis der Anzeigen:

Colonelzeile 50 d. Abendbl. 75 d.
 Reklamen 42.—, Abendbl. 41.50
 Familienanzeigen 41.—, Platz-
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-
 lichkeit. — Anzeigen nebmen an:
 Unsere Expedition in Frankfurt
 a. M., Gr. Eschenheimerstr. 33/37,
 Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Leipz.
 Platz 3, Dresden-A: Waisenhaus-
 str. 25, München: Perusastr. 5,
 Offenbach: Biebererstr. 34, Stutt-
 gart: Poststraße 7, Zürich: Novd-
 straße 62. Uns. übrig. Agentur.
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
 New York: 20 Broad Street.

Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei
 (Gesellschaft m. beschr. Haftung)

ung

er Zeitung.)

mer 40, 41, 42, 43.

Die Regulierung des Lebensmittelmarktes.

Endlich hat sich die Regierung dazu entschlossen, einen ersten Schritt zu tun, um der Verschwendung des Nahrungsmittelvorrats entgegenzuarbeiten und auf eine in diesen Kriegszeiten doppelt notwendige, rationelle Verwendung der vorhandenen Bestände hinzuwirken. Das jetzt ergriffene Mittel dazu ist eine

Einschränkung der Branntweinbrennerei,

wie sie ja seit Kriegsbeginn immer wieder gefordert worden ist. Es wird uns darüber aus Berlin drahtlich folgendes berichtet:

Berlin, 16. Okt. Der Bundesrat hat gestern neue Bestimmungen über die Erzeugung der Branntweinbrennereien für das Betriebsjahr 1914/15 beschlossen, die erhebliche Abweichungen gegen das Vorjahr zeigen. Für 1914/15 wird der Durchschnittsbrand der Brennereien mit einer Jahreserzeugung von 50 Hektoliter Alkohol oder weniger auf 90 Prozent, der Durchschnittsbrand der übrigen Brennereien auf 60 Prozent des allgemeinen Durchschnittsbrandes festgesetzt (gegen bisher 96 Prozent). Von der innerhalb des Durchschnittsbrandes hergestellten Erzeugung sollen 65 Prozent der Vergällung unterliegen (bisher 40 Prozent) und restliche 35 Prozent davon befreit bleiben.

Das besagt also, daß die Verwendung von Kartoffeln zur Branntweinerzeugung wesentlich eingeschränkt wird. Während im vorigen Jahre die Brennereien 96 pCt. ihres Kontingents brennen durften, werden sie jetzt (mit Ausnahme der Kleinen) auf 60 Prozent beschränkt, und es muß gleichzeitig ein erheblich höherer Prozentsatz (65 statt bisher 40 pCt.) dieser so reduzierten Alkoholerzeugung zu technischen Zwecken denaturiert werden, so daß als Trinkbranntwein nur ein sehr viel geringeres Quantum verbleibt. Der Erfolg wird sein, daß von der Kartoffelernte, die die anfänglich günstigen Erwartungen übrigens leider nicht voll rechtfertigen wird — man schätzt sie jetzt, wie gemeldet, für Preußen auf 34 223 450 gegen 39 215 298 Tonnen im Vorjahr — ein sehr viel größeres Maß für menschliche und tierische Nahrung reserviert bleibt.

Das ist, wie gesagt, ein Anfang (bei dem die Regulierung der Kartoffelpreise auch noch fehlt). Aber über das Wichtigste, die Regelung von Konsum und Preisen für

Getreide

hört man immer noch wenig Beruhigendes. Aus Berlin wird uns darüber unterm gestrigen Datum gemeldet:

Die Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide soll durch Verordnung der einzelnen Bundesstaaten erfolgen. Warum sie so lange ausblieb, ist nicht klar erkennbar. Es ist schwer zu glauben, daß die gewiß nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten der Festsetzung von Höchstpreisen, die sich nicht auf Getreide beschränken wird, soviel Zeitaufwand erfordern oder daß die Abwesenheit des Staatssekretärs Dr. Delbrück, der die treibende Kraft bei allen diesen Angelegenheiten ist, eine Verzögerung bewirkt. Der Gedanke ist jedenfalls unberechtigt, daß man an leitenden Stellen teure Preise ein Zeitlang gelten lassen wolle, weil sie eine Erziehung zur Sparsamkeit seien. Man erwartet hier mit Bestimmtheit, daß die Höchstpreise in der nächsten Woche herauskommen und daß sie niedriger als die heutigen Marktpreise in Aussicht genommen sind.

Daß etwas Energisches geschehen müsse, wird allerdings von allen Seiten immer von neuem betont. Auch die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, weist wieder darauf hin, daß dieser seit geraumer Zeit mit allem Nachdruck die Einführung von Höchstpreisen für Getreide, Mehl, Kartoffeln und Futtermitteln gefordert habe, und schreibt weiter:

Je länger man mit ihrer Festsetzung zögert, umso schwieriger wird die Lösung der Frage. Die Höchstpreise genügen aber allein nicht; Hand in Hand damit muß eine Organisation zur Festsetzung und Verteilung des Bedarfs gehen. Entschließt man sich nicht zu diesen Maßnahmen, so können bei längerer Dauer des Krieges, mit der wir unbedingt rechnen müssen, recht schwierige und recht bedenkliche Verhältnisse ein-